

Die freie Wahl zwischen den Übeln

Es gibt da so ein Sprichwort: Das kleinere Übel wählen. Man hört es auch in Wahlzeiten hierzulande immer öfter. Wieso fühlen sich Bürger*innen häufig nicht repräsentiert? Was heißt wahre Repräsentation für wahre Interessen?

TEXT VANJA NIKOLIĆ

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch prägte in den neunziger Jahren den Begriff „Postdemokratie“. Gemeint ist damit das Phänomen der Politikverdrossenheit und der Entpolitisierung der Bürger*innen, die sich von politischen Akteur*innen nicht ausreichend repräsentiert fühlen. Diese würden vermehrt mit privaten Interessengruppen aus der Wirtschaft kooperieren, statt auf gesellschaftliche Missstände zu reagieren und im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Das Resultat: Bürger*innen seien apathisch und passiv, ohne Interesse an politischer Mitgestaltung. Für Crouch sind demokratische Beteiligungsformen wie Wahlkämpfe oder Demonstrationen nur noch Inszenierungen, während tatsächliche politische Entscheidungen hinter verschlossenen Türen zwischen politischen Eliten und wirtschaftlichen Akteur*innen stattfinden. Ist das so?

Worin könnte das Problem liegen? Die Postmarxistin Chantal Mouffe beispielsweise sieht es bei linken Parteien, die sich, wie sie schreibt, zu sehr der politischen Mitte annäherten, wodurch eindeutige Unterschiede der Interessen zwischen links und rechts verschwimmen würden. Sie fordert einen klar positionierten Linkspopulismus.

Der neoliberale Staat werde durch die Interessen von Unternehmen „kolonisiert“. Was damit gemeint ist: Lobbying. Interessenvertretungen aus Expert*innen sollten aber die Demokratie wahren und Politiker*innen bei Entscheidungsfindungen helfen. Wessen Interessen da vertreten werden, zeigt sich schnell am Verhältnis, in dem Lobbys in der EU vorhanden sind.

Auf 100 Lobbys von Unternehmen kommen zwei von Arbeitnehmer*innenvertretungen. Laut LobbyFacts.eu werden

in Österreich nur 14 Gewerkschaften vertreten, wohingegen es 59 Lobbys für Unternehmen gibt. Darunter die Top Five: Borealis AG mit bis zu 1,3 Millionen Euro an Lobbyingkosten, KTM AG, OMV und Raiffeisen Bank, die allein schon dieses Jahr 21 Meetings mit der Europäischen Kommission hatte. Die Top 10 Lobbys in der EU sind allesamt Unternehmen, allen voran: Google mit bis zu acht Millionen Euro Lobbykosten und 254 Meetings. Insgesamt werden Unternehmen in Brüssel von über

2.500 Lobbys vertreten, Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen dagegen von nur rund 940.

Im Transparenzregister dürfen sich Lobbyisten die Kategorie, unter der sie geführt werden, selbst aussuchen. Das bedeutet laut LobbyFacts.eu, dass es unter den 12.000 Lobbys weitaus mehr als 2.500 Unternehmenslobbys gibt, die sich selbst aber als NGOs oder Think-Tanks bezeichnen.

Auf europa.eu wird in der Einleitung zum Transparenzregister Lobbyismus folgendermaßen präsentiert: Lobbying sei legitim und notwendig, um sicherzustellen, dass EU-Politik die wahren Interessen der Bürger*innen vertritt. Doch angesichts der oben geschilderten Zahlen stellt sich die Frage: Was sind denn wahre Interessen überhaupt?

Julia Hofmann, Referentin für Wirtschaftswissenschaft der AK Wien, erklärt das Ungleichgewicht der Lobbys in Brüssel: „Das liegt natürlich an den finanziellen Ressourcen. Wer mehr Geld für Lobbying zur Verfügung stellt, der hat viel mehr Möglichkeiten auf Treffen. So etablieren sich Netzwerke, und es entsteht ein Drehtüreffekt: Politiker*innen wechseln dann in die Privatwirtschaft oder umgekehrt.“ Wie kann man sich dem entgegenstellen? Hofmann sieht Potenzial in der Arbeit mit Netzwerken, denn die könne man auch ohne großes Budget angehen. Arbeitnehmer*innenvertretungen können mehr gemeinsame Kampagnen fahren. „Die geringen finanziellen Ressourcen kann man bündeln und Geschichten verarbeiten, Themen setzen und vorantreiben“, so Hofmann. Das sei aber nur ein erster Schritt.

Sophia Reisecker, Leiterin der internationalen Abteilung in der GPA-djp, arbeitet als Schnittstelle für die Gewerkschaft und das Europabüro des ÖGB in Brüssel. Sie sieht eine Chance darin, mittels Veranstaltungen Awareness-Arbeit zu leisten: „Öffentliche Veranstaltungen finden in Corona-Zeiten natürlich nicht mehr so oft statt. Normalerweise werden aber Events veranstaltet, bei denen am Podium dann

jemand von der Europäischen Kommission oder vom Parlament sitzt. So können wir Lobbyarbeit zur Sensibilisierung bei arbeitspolitischen Themen leisten.“

Postdemokratischer Teufelskreis

Wir wissen nun, wer realpolitisch besonders viel Einfluss nimmt. In der Broschüre „Lobbying in Brüssel“ kritisiert die Arbeiterkammer das Missverhältnis zwischen den Lobbys und appelliert: „Wir müssen



„Wer mehr Geld für Lobbying zur Verfügung stellt, der hat viel mehr Möglichkeiten auf Treffen.“

Julia Hofmann, Referentin Wirtschaftswissenschaft AK Wien

EU-Politiker*innen erinnern, dass sie nicht Konzernen, sondern Menschen verpflichtet sind.“ Doch wenn unsere repräsentative Demokratie eigentlich zur Sicherung von Freiheit und Anerkennung jedes Individuums dienen soll, warum müssen wir sie daran erst erinnern?

Hofmann sieht unter anderem das Problem darin, dass Politiker*innen Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit nicht so wahrnehmen, wie es Betroffene aus strukturell benachteiligten Klassen tun. „Soziale

Herkunft prägt die Wahrnehmung der Gesellschaft. Politik macht nicht viel gegen schlechte Arbeitsverhältnisse, dadurch sind Bürger*innen aus niedrigeren Klassen frustriert und gehen nicht mehr wählen. Dadurch werden ihre Interessen noch weniger vertreten. Es ist ein Teufelskreis.“ Reisecker beobachtet auf der individuellen Ebene in Brüssel dennoch Partizipation und Motivation. „Viele Bürger*innen wenden sich direkt mit Mails an Abgeordnete. Es gibt durchaus Menschen, die sich beschweren und Vorschläge machen“, sagt sie, betont aber gleichzeitig, dass es allein von den Abgeordneten abhängt, wie damit umgegangen wird.

Das Wesen einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist ja die Erbringung individueller Leistung für die Existenzberechtigung. Dieser Leistungswettbewerb schmälert die Partizipationsmöglichkeiten. Julia Hofmann sieht mehr Veränderungspotenzial darin, im kleineren Kreis anzufangen als auf Bundes- oder EU-Ebene. Die Lobby der Armutskonferenz werde nicht gehört. „Man muss in Gemeinden und Bezirken anfangen und dort Anlaufstellen für Armutsgefährdete etablieren“, sagt Hofmann.

Neoliberale Demokratie – wie ein toxischer Boyfriend

Es hat wenig Sinn, eine bürgerlich-kapitalistische Politik daran zu erinnern, dass sie den Menschen zu dienen hat. Die Menschen, die ihr unterworfen sind, sollten vielmehr daran erinnert werden, dass sie von ihr beherrscht werden. Aber auch daran, dass sie gemeinsam etwas daran ändern und mitbestimmen können. „Selbstorganisation ist wichtig“, appelliert Julia Hofmann. Beispielsweise organisieren sich in der Armutskonferenz Armutsgefährdete selbst für ihre Anliegen: „Das muss nicht nur im Kleinen bleiben. Wir müssen Parteien wieder in ihre Verantwortung ziehen. Wir müssen prüfen, was sie sagen und was sie machen und wo sie sich wirklich einsetzen.“

© Lukas Beck